

G e m e i n d e r a t s a u s s c h u s s
Petitionen und BürgerInneninitiativen

PROTOKOLL

zur Sitzung am Mittwoch, dem 7. November 2018, um 16:30 Uhr
MA 21 A/B - Servicestelle Stadtentwicklung, 1. Stock Multimediaraum 121,
Rathausstraße 14-16, 1010 Wien

Vorsitz: GR Mag. Marcus Schober

Gewählte Teilnehmer: GRⁱⁿ Safak Akcay
GR Petr Baxant, BA
GR Stefan Berger
GR Nemanja Damnjanovic, BA
GR Michael Eischer
GR Klaus Handler
GR Manfred Hofbauer, MAS
GRⁱⁿ Mag.^a Barbara Huemer
GR Christian Hursky
GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Jischa
GR Mag. Rüdiger Maresch
GRⁱⁿ Silvia Rubik
GR Dr. Gerhard Schmid
GRⁱⁿ Sabine Schwarz
GR Mag. Gerhard Spitzer
VBgm.ⁱⁿ Mag.^a Maria Vassilakou
GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA
GR Thomas Weber

Sonstige Teilnehmer: Andreas Baur
Richard Bernato, B.A.
Mag.^a Susanne Brandstetter
Mag. Leopold Bubak
Mag.^a Susanne Häßler
Christian Kren, Bakk. phil.

Entschuldigt: GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert
GR Wolfgang Seidl

Protokollführung: Maria Klein

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Birgit Jischa

Post Nr. 1

AZ 898682-2017-GSK; MA 65

Für temporäre autofreie Zonen vor Schulen

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, gemeinsam mit den Bezirken unter Einbeziehung der Schulen und anderer EntscheidungsträgerInnen auf Basis der Erfahrungen des Pilotversuches „Schulstraße Vereinsgasse“ sinnvolle Maßnahmen für den jeweiligen Schulstandort und im freien Ermessen zu entwickeln.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da in allen vorliegenden Stellungnahmen die Wichtigkeit der Verkehrssicherheit, insbesondere vor und im Umfeld von Schulen, betont wird. Zur Setzung konkreter, dem jeweiligen Schulstandort angepasster Maßnahmen kann nun auf die Ergebnisse des Pilotversuches „Schulstraße“ im 2. Wiener Gemeindebezirk aufgebaut werden.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Silvia Rubik

Post Nr. 2

AZ 488957-2018-GSK; MA 65

Stoppt die Verbauung des Frauenheimparks in Obermeidling

Befragung des Einbringlers

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, bei der geplanten Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans darauf zu achten, den bebaubaren Bereich lediglich so auszuweiten, wie es für eine den heutigen Standards entsprechende Pflegeeinrichtung notwendig ist.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Erstellung des angekündigten Grünraumkonzepts unter Mitwirkung der MA 22 und der Wiener

Umweltanwaltschaft der Altbaumbestand im größtmöglichen Umfang und die öffentliche Zugänglichkeit jedenfalls erhalten bleiben.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Umweltanwaltschaft einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Caritas Wien als Pflegeheimbetreiber, zu den Anregungen der Petitionseinbringer, das Nutzungskonzept zu überdenken, einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Empfehlung an die Caritas Wien auszusprechen, keine Änderung der Bebauung durchgeführt wird.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass es sich formal um keine Umwidmung von Grünland auf Bauland handelt, die Prüfung der Denkmalbedeutung bereits veranlasst und die Schutzzonenausweisung aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten nicht vorgesehen ist. Weiters wird in Abwägung aller Interessen die Erweiterung des Pflegewohnheims an diesem Standort aus sozialen, wirtschaftlichen und auch ökologischen Gründen als sinnvoll erachtet.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Berichterstatter: GR Petr Baxant, BA

Post Nr. 3

AZ 513937-2018-GSK; MA 65

Rettet das Haus Radetzkystrasse 24 und 26 1030 Wien

Befragung des Einbringers

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál auszusprechen, dafür Sorge zu tragen, dass jedenfalls die im Bescheid vom 3.10.2018 aufgetragenen Maßnahmen, die sowohl dem

Schutz der BewohnerInnen dienen als auch zur Sicherung der noch vorhandenen Bausubstanz notwendig sind, umgehend ordnungsgemäß umgesetzt werden.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál auszusprechen, die Magistratsabteilung 37 – Baupolizei zur Beauftragung regelmäßiger Kontrolle zur Einhaltung der aufgetragenen Maßnahmen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da zumindest derzeit sichergestellt ist, dass das Haus Radetzkystraße 24 und 26, 1030 Wien nicht weiter abgebrochen werden kann und das Haus von der MA 19 klar als erhaltungsbedürftig eingestuft wurde. Darüber hinaus müssen aber die Entscheidungen der derzeit offenen Verfahren abgewartet werden.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Spitzer

Post Nr. 4

AZ 667307-2018-GSK; MA 65

Pferde raus aus der Stadt – für ein Fiakerverbot in der Wiener Innenstadt!

Befragung des Einbringers

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima und die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, sicherzustellen, dass weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Haltebedingungen der Wiener Fiakerpferde umgesetzt werden. Insbesondere soll dabei auf die in den Stellungnahmen erwähnten Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Haltebedingungen sowie des Tierschutzes Bedacht genommen werden.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, im Zusammenhang mit dem Fiakerwesen ein zukunftsfähiges Konzept unter der Berücksichtigung des Tierwohls der Pferde in Wien zu erstellen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou, Gespräche mit den Bezirksvorsteher für den 1. Wiener Gemeindebezirk MMag. Markus Figl zur Abdeckung des finanziellen Mehraufwandes zu führen.

(mehrstimmig abgelehnt)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Stadt Wien mit der Novelle des Wiener Fiaker- und Pferdemietwagengesetzes 2016 bereits wichtige Verbesserungen gesetzlich verankert hat und jedenfalls den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass auch künftig alle erforderlichen Maßnahmen, basierend auf wissenschaftlichen Untersuchungen zum Wohle der Wiener Fiakerpferde, eingeleitet werden. Darüber hinaus wird aber auch auf die Tierschutz-Regelungskompetenz des Bundes verwiesen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Dr. Gerhard Schmid

Post Nr. 5

AZ 241823-2018-GSK; MA 65
STADBILDERHALTUNG WIEN

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadtneuerung und Frauen Kathrin Gaál einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Mag.^a Veronica Kaup-Hasler einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition den Einbringer Herrn Kaspar Erath zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Safak Akcay

Post Nr. 6

AZ 774761-2018-GSK; MA 65

Unsere Stadt – unsere Entscheidungen: KEIN Wunschkonzert für Flächenumwidmungen in Wien

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Safak Akcay:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Safak Akcay:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvorsteherin für den 12. Wiener Gemeindebezirk Gabriele Votava einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Meidling einzuholen.

(mehrstimmig abgelehnt)

Antrag GR Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bauträgers einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Safak Akcay:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition den Einbringer Herrn Wolfgang Rosner zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Rüdiger Maresch

Post Nr. 7

AZ 781115-2018-GSK; MA 65

Nein zu der neuen Endschleife Linie 6 auf den Ankerbrotgründen

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.a Ulli Sima einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Wiener Linien GmbH & Co KG einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden

Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bezirksvorstehers für den 10. Wiener Gemeindebezirk Marcus Franz einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Favoriten einzuholen.

(mehrstimmig abgelehnt)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Caritas Wien als Betreiber der betroffenen Betreuungseinrichtung einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Direktion der Volksschule Laimäckergasse 17 unter Einbindung des Schulforums einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Direktion der Volksschule Schrankenberggasse 32 unter Einbindung des Schulforums einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Christian Hursky:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Kleingartenvereine, die sich entlang der Trasse im Bereich der Puchsbaumgasse befinden, einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Sonja Mertz zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRin Birgit Jischa

Post Nr. 8

AZ 793230-2018-GSK; MA 65

Mobilpass- Monatskarte der Wienerlinien auch online

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBGI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Christian Hursky

Post Nr. 9

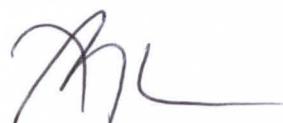
AZ 839743-2018-GSK; MA 65

Keine Verehrung von Wehrmachtssoldaten als "Helden"

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBGI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Die amtsführende Stadträtin



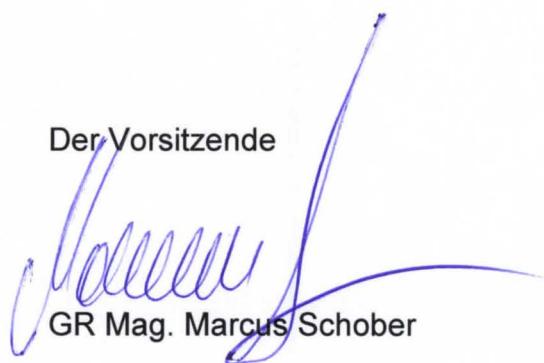
Mag.^a Maria Vassilakou

Die Protokollführerin



Maria Klein

Der Vorsitzende



GR Mag. Marcus Schober